

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 pbbn d

## Inhalt

Dagmar Luuk MdB, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe, erinnert an den Zusammenbruch der Obristen-Diktatur in Athen am 23. Juli 1974: Zehn Jahre freies Griechenland.

Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, zum Pöhl-Vorschlag, die Kuponsteuer abzuschaffen: Indiz für gescheiterte Währungs politik.

Seite 4

Horst Sielaff MdB, Vorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen (ZMO), warnt vor deutscher Überheblichkeit gegenüber der 40jährigen Volksrepublik Polen: Gute Wünsche nach Warschau.

Seite 5

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, zu Blüms Idee von einem "Beschäftigungsförderungsgesetz": Sprachkosmetik.

Seite 7

39. Jahrgang / 138

20. Juli 1984

### Zehn Jahre freies Griechenland

Am 23. Juli 1974 brach das Militärregime in Athen zusammen

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe

Die Geschichte des modernen Griechenland, so vor zehn Jahren noch die Feststellung der Historiker bei der Betrachtung jener rund 160 Jahre seit der Befreiung von der türkischen Herrschaft, sei eine "Bilanz der Instabilität". Genauso war es. Pro Jahr eine Regierung, wie die Gesamtstatistik ausweist, ein permanentes Wechselbad zwischen den politischen Extremen mit Bürgerkriegen und Militärdiktaturen. Der permanente politische Wechsel als Konstante griechischer Politik?

Am 23. Juli sind es zehn Jahre her, daß Griechenland Abschied genommen hat von jener Periode der Instabilität. An jenem Dienstag, ganze 72 Stunden nach der Invasion Zyperns durch türkische Truppen, stellten die im Verteidigungsministerium versammelten Militärs den Konkurs des Regimes fest. Eine siebenjährige Schreckensherrschaft, gekennzeichnet durch Folter, Unterdrückung und Entmündigung eines äußerst politischen Volkes, eine Zeit, personifiziert durch Namen wie Papadopoulos und Ioannidis, war zu Ende. Endgültig abgewirtschaftet hatte auch eine Monarchie, ein in seiner Endphase CIA-kontrolliertes Königtum, das zu einer Blütezeit von Korruption und gekauften Mehrheiten geführt hatte. Als am Morgen des 24. Juli der konservative Politiker Karamanlis an Bord einer vom französischen Staatspräsidenten in Marsch gesetzten "Falcon-Mystère" aus dem französischen Exil in Athen eintrifft, beginnt der Wiederaufbau der griechischen Demokratie.

Die zehn Jahre griechischer Geschichte seit jenem Tage sind Beleg einer funktionierenden demokratischen Ordnung, sie zeigen die Entwicklung zu einem modernen Parteien-



aber auch Sozialstaat, sie beinhalten, was entscheidend ist für die Stabilität einer Demokratie, einen ordnungsgemäßen Wechsel in der Regierungsverantwortung.

Drei Parlamentswahlen haben in diesem Jahrzehnt stattgefunden, der Machtübergang von den Konservativen zur sozialistischen PASOK unter Andreas Papandreu wurde im Herbst 1981 vollzogen, der Wiedereintritt Griechenlands in die NATO und der Eintritt in die Europäische Gemeinschaft wurden verwirklicht. Athen hat die sechs Monate seiner EG-Präsidentschaft hinter sich und hat, wie die übrigen neun Partnerländer, vor wenigen Wochen seine Parlamentarier in das Straßburger Europa-Parlament gewählt. Politischer Alltag in Athen - eine Kopie der Problemlage in anderen europäischen Hauptstädten?

Ja - und auch Nein. Der vor knapp drei Jahren vollzogene Machtwechsel von einer konservativen Partei zur progressiven PASOK hat mehr Veränderungen mit sich gebracht als er mit einem Auswechseln des politischen Personals und einer schlichten Veränderung politischer Inhalte beschrieben wäre. Papandreu hat seinem Land ein überfälliges politisches Reformprogramm verordnet: der neuen Führung ging es darum, die Verwaltung transparent und effektiv zu machen, die Demokratisierung der einzelnen Gesellschaftsbereiche voranzutreiben, Privilegien abzubauen und Chancengleichheit zu schaffen.

Ein innenpolitisches Reformprogramm, das dieses Profil zeigt, schafft einer Regierungspartei auch genügend Popularität, ihr wirtschaftliches Sanierungsprogramm in Angriff zu nehmen. Die Mobilisierung der Unternehmenseite, die gerade in diesem Sommer zu massiven Protesten gegen staatliche Eingriffe in die Preispolitik aufgerufen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wirtschaftspolitik durchaus maßvoll ist. Der von Papandreu propagierte "dritte Weg zum Sozialismus" ist keineswegs eine ideologische Einbahnstraße. Die Erfolge einer solchen Politik in Zeiten einer bescheidenen Weltwirtschaftslage, die von Massenarbeitslosigkeit und Strukturproblemen gekennzeichnet ist, liegen zwar unter manch hochgesteckten Erwartungen, sind aber durchaus sichtbar: die Inflationsrate der Drachme ist von 26 auf 18 Prozent gesunken, die wirtschaftliche Stagnation, zu Beginn der 80er Jahre gekennzeichnet durch eine Verringerung des Bruttosozialprodukts, scheint überwunden. Die Entscheidungsschlacht wird, wenn es innerhalb der nächsten zwölf Monate zu Parlamentswahlen kommen sollte, auf wirtschaftspolitischem Gebiet geschlagen werden.

Außenpolitisch hat die Regierung Papandreu ihre ersten Bewährungsproben längst bestanden. Die Befürchtungen der Skeptiker sind widerlegt, der Zweifel der europäischen und atlantischen Partner über den Kurs Athens ist gewichen. Der westlichen Allianz ist an der Südostflanke ein zwar gelegentlich unkonventioneller, keineswegs aber unberechenbarer Partner entstanden, der die Stabilität des Bündnisses entgegen mancher Vorhersagen keinen außergewöhnlichen Belastungen unterzieht. Das schließt nicht aus, daß amerikanische Diplomaten häufiger als ihnen lieb ist ins Athener Außenministerium zitiert werden, um dort Protestnoten entgegenzunehmen, ist allerdings Beleg für das durchaus gewachsene Selbstbewußtsein Athens.

Griechenland sieht seine Sicherheit nach wie vor durch die NATO begründet und weiß seine Mitgliedschaft in der EG als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Stabilisierung. In seiner Außenpolitik dominieren die nationalen Interessen. Am Schalthebel der Macht in Athen sitzt ein Pragmatiker, der die Spielräume seiner Politik realistisch einschätzt und die Wahlkampfretorik den politischen Erfordernissen des Landes geschickt unterordnet.



Zentrales Thema griechischer Außenpolitik ist nach wie vor das Verhältnis zum östlichen Nachbarn und früheren Kolonialherrn, der Türkei. Die Spannungen der beiden Nachbarn an der Südostflanke der NATO überschatten alle anderen außenpolitischen Themen und bestimmen auch das Verhältnis Griechenlands zu den Vereinigten Staaten. Und diese Spannungen resultieren nicht zuletzt aus dem Zypern-Problem.

Die Entwicklung auf der Inselrepublik Zypern war seit jeher gut für einen Regierungswechsel in Athen. Die Ereignisse auf der Insel, provoziert von Oberst Ioannidis, dem starken Mann des Militärregimes, hatten schließlich das Ende der Militärdiktatur herbeigeführt. Jener Coup d'état des Nikos Sampson, der im Juli 1974 den unreal gewordenen Traum von der Enosis, des Anschlusses Zyperns an Griechenland, doch noch verwirklichen sollte, führte zur Invasion der Inselrepublik durch die Türkei und damit zur Festschreibung der Teilung, die schließlich im letzten Jahr die Sezession des Nordteils der Insel und die Ausrufung der selbständigen "türkischen Republik Nord-Zypern" zur Folge hatte.

Heute geht das Krisenmanagement um die Insel, auf der seit immerhin nunmehr 20 Jahren UN-Truppen Volksgruppenkonflikte eindämmen sollen, seinen gewohnten Gang. Lösungen scheinen fern wie gewohnt. Und deshalb sollten die Beteiligten in Nikosia, Ankara und Athen Abschied nehmen von der Illusion einer Gesamtlösung des Konflikts und sich darauf einstellen, unter der Vermittlung von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar kleine und auch kleinste Schritte ins Auge zu fassen.

Griechenland - zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Militärregimes, ein Land, das in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien zurückgekehrt ist, dessen Stimme wieder geachtet ist, ein Staat, der seine Stabilität endlich gefunden hat. Dieser Wechsel war fällig.

(-/20.7.1984/ks/rs)

+ + +



**Abschaffung der Kupon-Steuer**  
-----**Der Pöhl-Vorschlag ist ein Indiz für das Scheitern der Bonner Währungspolitik**

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Wenn Bundesbankpräsident Pöhl jetzt als letzten währungspolitischen Notnagel die Abschaffung der 25prozentigen Kuponsteuer für ausländische Anleger in der Bundesrepublik vorschlägt, ist dies Folge und Indiz einer völlig gescheiterten Währungspolitik der Bundesregierung. Da schweigt Bundeskanzler Kohl in den Medien über die hervorragenden Ergebnisse des Londoner Weltwirtschaftsgipfels, als ob es sich um einen Meilenstein wirtschafts- und währungspolitischer Zusammenarbeit gehandelt hätte; anschließend fährt Präsident Reagan nach Hause und bringt mit der Abschaffung der 30prozentigen Quellensteuer auf Zinserträge ausländischer Anleger den europäischen Währungs- und Kapitalmarkt ins Wanken. Schon heute ist absehbar, daß diese Maßnahme eine weitere Zinsabkopplung des deutschen Kapitalmarkts vom amerikanischen unmöglich macht. Kein Wunder, daß sich der Dollar-Kurs ständig weiter nach oben schraubt und daß sich die Zinserwartungen für die deutsche Wirtschaft in der ohnehin labilen Konjunkturphase gefährlich verdüstern. Insbesondere für den gebeutelten Bausektor würde eine weitere Zinssteuerung wie Gift wirken.

Es ist bedrückend, wie Bundeskanzler Kohl unangekränkt von derartigen wirtschaftlichen Zusammenhängen das Ritual der Weltwirtschaftsgipfel genießt, ohne ernsthaft gegen die amerikanische Strategie vorzugehen, den deutschen und den europäischen Kapitalmarkt mit weiteren Anreizmaßnahmen zur Finanzierung seiner Defizit-Politik zu durchkämmen. Längst vor dem Londoner Gipfel und dem entsprechenden Beschluß des amerikanischen Kongresses war absehbar, daß die Finanzmetropole New York mit der geplanten Abschaffung der Quellensteuer für Ausländer ihre Magnetkraft für mobiles Anlagekapital massiv verstärken wird. Nirgendwo ist bekannt geworden, daß der Bundeskanzler den amerikanischen Präsidenten während des Gipfels auf diesen neuen Schlag in die Magengrube der bundesdeutschen Wirtschaft angesprochen beziehungsweise Kritik dagegen vorgebracht hätte. Es ist die Frage, ob er sich überhaupt der Tatsache und der Qualität der Wirkungen dieser amerikanischen Pläne bewußt war und ist. Ganz zu schweigen von der lauen Haltung Kohls in der Frage der zinspolitischen Dauerbelastung unseres Kapitalmarktes durch die endlos fortgeführte amerikanische Rekord-Defizitpolitik, die im Abschlußkommuniqué des Londoner Gipfels nicht einmal mehr kritisch erwähnt wurde.

Es ist als Folge dieser verfehlten Politik ein beunruhigendes Alarmzeichen, wenn jetzt Bundesbankpräsident Pöhl keinen anderen Ausweg mehr weiß, als den Wegfall der 25prozentigen Kuponsteuer für ausländische Anleger in der Bundesrepublik vorzuschlagen. Dieser Gegenschritt kann etwas den Kursdruck von der D-Mark nehmen und eine neue Zinserhöhungsrunde zunächst verhindern helfen. Diese Notmaßnahme wird allerdings allein nicht ausreichen. Die Bundesregierung muß endlich Mut fassen, Kompetenz und Standvermögen entwickeln, um gegen den "Zins-Imperialismus" der USA vorzugehen. Wenn die Bundesregierung - wie bisher - die währungs- und konjunkturpolitischen Interessen der Bundesrepublik als vernachlässigbare Größe behandelt, wird es im Winter ein böses Erwachen geben.

Der Vorschlag des Bundesbankpräsidenten - eher ein Hilferuf an die Politik - ist steuersystematisch sicherlich bedenklich. Er ist alles andere als ein Allheilmittel, eher ein psychologisches Instrument, die aggressive Finanzstrategie der US-Regierung abzuwehren. Trotz unserer Bedenken sollten wir bereit sein, notfalls diese Kröte im Interesse einer konjunkturellen Erholung zu schlucken. (-/20.7.1984/ks/rs)

+ + +



**Gute Wünsche für Polen**  
-----

**Für Deutsche gibt es keinen Grund der 40jährigen Volksrepublik  
mit Überheblichkeit zu begegnen**

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen (ZMO)

In diesen Tagen feiert die Volksrepublik Polen ihr 40jähriges Bestehen. Am 21. Juli 1944 berief der in Polen gebildete Landesnationalrat das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN), das sich auf die Koalition der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der neu ins Leben gerufenen Bauernpartei (SL) und der Demokratischen Partei (SD) stützen konnte.

Das Programm dieser Koalition bildete das am 22. Juli 1944 proklamierte Manifest. In diesem Manifest wurde der Exilregierung in London das Recht abgesprochen, sich als Repräsentation des polnischen Volkes auszugeben. Das Manifest kündigte die Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens, das Recht der politischen und beruflichen Organisationen auf freie Betätigung, sowie Presse-, Gewissens- und Religionsfreiheit an, soweit diese Freiheiten der demokratischen Ordnung dienen würden; private Initiativen des kleinen und mittleren Gewerbes sollten unterstützt werden, der Großgrundbesitz sollte zugunsten werktätiger Bauern und Landarbeiter enteignet werden.

Außenpolitisch legte sich die neue polnische Regierung eindeutig auf die Notwendigkeit des "dauerhaften Bündnisses mit der Sowjetunion" fest. Die Sowjetunion anerkannte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung, garantierte die polnische Souveränität über die von der UdSSR eroberten Gebiete zwischen Oder und Weichsel und am 26. Juli 1944 unterschrieb das PKWN mit der Sowjetregierung ein Abkommen über das Verhältnis zwischen der Roten Armee und den polnischen Behörden.

Im September 1944 wurde dann das Dekret über die Durchführung der Bodenreform erlassen - sechs Millionen ha Boden wurde auf 1.068.400 Bauern und Landarbeiterfamilien aufgeteilt. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen waren damit keineswegs beendet, die in Opposition zum Komitee zur Nationalen Befreiung stehenden Gruppierungen verschärften vielmehr die Aktivitäten mit ihrem Programm der "Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit".

Die Grundlagen aus dem Jahr 1944 stecken auch heute noch den Spielraum für das polnische Volk ab: Außenpolitisch steht die eindeutige Bindung und die "Notwendigkeit des dauerhaften Bündnisses mit der Sowjetunion" nicht zur Debatte. Ebensovwenig wird von irgendeinem Polen die Westgrenze Polens zur Diskussion gestellt. Die Unionspolitiker, die dieses vielleicht meinen, sollten einmal mit Exilpolen diskutieren - sie würden erkennen, hier gibt es eine einheitliche Meinung. Mit den klaren Äußerungen des Bundesaußenministers im Deutschen Bundestag am 7. Juni 1984: "...Geschlossene Verträge gelten, wir wollen sie nutzen zum Ausbau unserer Beziehungen. Das bedeutet auch, daß wir keinen der geschlossenen Verträge, auch nicht den deutsch-polnischen Vertrag, in Frage stellen, weder dem Worte noch dem Sinn nach. Beide Vertragspartner haben damals erklärt, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche erheben und auch nicht in Zukunft erheben werden."... sollte diese Diskussion auch bei uns beendet sein.



Die innenpolitischen Debatten in Polen entfachen sich im Grunde ebenfalls an proklamierten Grundaussagen des Manifests vom 22. Juli 1944: Die Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens, das Recht der politischen und beruflichen Organisation auf freie Betätigung, sowie die Presse-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Die Religionsfreiheit als Werkzeug zur Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Gewissensfreiheit als Grund zum Kampf zur Veränderung der bestehenden Verfassung, die Pressefreiheit als Begründung der Veröffentlichung von Manifesten gegen die herrschende Politik und deren negative Auswirkungen. Man kann sich fragen, ob das alles nur Probleme im kommunistisch regierten Polen sind - oder ob es - bei aller Unterschiedlichkeit der Systeme - nicht auch im Westen Spannungsverhältnisse zwischen elementaren politischen Aussprüchen und der Realität gibt.

Wer sich als Deutscher objektiv mit der polnischen Geschichte - auch der jüngeren - auseinandersetzt, hat keinen Grund, mit Überheblichkeit oder aus einer gewissen Überlegenheit heraus über das Erreichte in der Volksrepublik Polen zu urteilen. Als die Volksrepublik Polen gegründet wurde, waren mehr als sechs Millionen Polen nicht mehr am Leben, das waren 22 Prozent der polnischen Bevölkerung; 590.000 Menschen waren für immer Invaliden geworden, Polen hatte 38 Prozent seines Nationalvermögens verloren, viele Städte waren völlig zerstört.

Wer heute durch Polen fährt und die wiederaufgebauten Städte mit ihren vielen - nach alten Vorlagen naturgetreu neu aufgebauten - mittelalterlichen Märkten und Straßen sieht und die Gastfreundlichkeit der Polen uns Deutschen gegenüber erlebt, kann nur wünschen, daß dieser Staat seine innere Stabilität gewinnt und fortschreitet in dem Bemühen, die Freiheiten, die der demokratischen Ordnung dienen, weiter zu verwirklichen.

(-/20.7.1984/ks/rs)

+ + +



Der Arbeitsminister hat seinen Orwell kopiert

Das Beschäftigungsförderungsgesetz auf dem Prüfstand

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Diese unsere Bundesregierung strotze von Pfeifen, rasonieren die Stammtische. Je länger der Abend, umso mehr Namen fallen ihnen ein. Das Urteil des Volkes ist wie immer unbestechlich - und gerecht ist es auch.

Allerdings müßte man den Herrn Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, einer Sonderbetrachtung unterziehen. Außer dem Bundeskanzler hat kein anderer Minister die Sprache des Orwellschen Zeitalters so konsequent begriffen und angewandt wie dieser. Zum Exempel: Blüms Vorlage eines "Beschäftigungsförderungsgesetzes", das seit dieser Woche in der Republik und bei den Verbänden herumgeistert.

Orwell-Leser Blüm startet neuerlich den Versuch, durch Sprachkosmetik eine gesetzgeberische Ferkelerei dem Bürger schmackhaft zu machen. Da die meisten Redakteure mitspielen, könnte es sogar gelingen, nämlich dies:

1. Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit wird aufgehöhht.
2. Der Sozialplan, letzte Stufe der Betroffenen vor dem Absturz in die Arbeitslosigkeit, wird entwertet.
3. Eine beabsichtigte Verschärfung der Möglichkeit, Überstunden machen zu können, entfällt.
4. Die Vereinheitlichung der Zuverdienstgrenzen in den verschiedenen Systemen der Alterssicherung wird fallengelassen.
5. Das Institut der Kettenarbeitsverträge, ein Relikt aus der Zeit des Frühkapitalismus, wird wieder Wirklichkeit.

Liest man den veränderten Blüm'schen Entwurf, soll der Gesetzgeber noch auf viel mehr verzichten. Nämlich auf alle die Punkte, die so hanebüchen waren, daß sie sich noch nicht einmal im Umlaufverfahren zwischen den Ressorts durchsetzen ließen.

Das sind beispielsweise:

- a) der Versuch, die zu geringsten Löhnen Beschäftigten (zwischen 390 und 520 DM im Monat) zur Hälfte an den Sozialversicherungsbeiträgen zu beteiligen.
- b) das Ansinnen, den Ärzten aufzuerlegen, daß sie ihren Patienten künftig eine Teilarbeitsfähigkeit zu bescheinigen hätten.
- c) der Unsinn, Kuren zur Wiederherstellung der Gesundheit auf den Jahresurlaub dann anrechnen zu lassen, wenn der Betreffende dafür seine Zehn-DM-Selbstbeteiligung pro Kurtag zurückerstattet bekommt.

Da war schon eine Menge Schwachsinn im Blüm'schen "Beschäftigungsförderungsgesetz". Wie schön, daß wenigstens das Dümme nicht mehr zur Debatte steht! Wie bemerkenswert, daß aber auch die wenigen vernünftigen Vorschläge des Herrn Ministers am Tische des Kabinetts gestorben sind.

Da spricht zum Beispiel niemand mehr davon, daß mit neuen Kontrollen der illegalen Beschäftigung am Bau gewehrt werden muß. Sorgfältig wurden alle jene Paragraphen aus dem Blüm'schen Entwurf herausoperiert, die zu Ärger mit dem Koalitionspartner und mit der Wirtschaft hätten führen können. Blüm, der Orwellschen Sprachanweisung bewußt, erklärt, daß man die Beschäftigung fördern und nicht hemmen wolle und deshalb habe man sich im Moment nur zu Teilkorrekturen veranlaßt gesehen.

Im Klartext heißt das: wieder wird ein Stück Sozialstaat auf dem Altar des Wendepolitikers geopfert. Das mag vielleicht den CDU-Arbeitnehmerflügel schmerzen. Den Minister ficht es nicht an. Er hat schon eine Sprachregelung für seine Untat - eine Orwellsche.

(-/20.7.1984/ks/rs)